13 K 46/24

# Amtsgericht Lemgo

# Beschluss

Im Wege der Zwangsvollstreckung zum Zwecke der Aufhebung der Gemeinschaft soll am

**Montag, 24.11.2025, 10:00 Uhr,**
**Sitzungssaal 102, Am Lindenhaus 2, 32657 Lemgo**

folgender Grundbesitz:

**Grundbuch von Lemgo, Blatt 585,**
**BV lfd. Nr. 3**
Gemarkung Lemgo, Flur 56, Flurstück 67, Gebäude- und Freifläche, Petristraße 20, Größe: 732 m²

versteigert werden.

Laut Wertgutachten handelt es sich um ein unterkellertes, massiv errichtetes zweigeschossiges 3-Familienhaus mit ausgebautem Walmdach (Baujahr: 1936). Die Garage ist eingeschossig, massiv mit nicht ausgebautem Satteldach errichtet (Baujahr: 1956). Die Grundstücksgröße beträgt 732 qm. In dem Haus befinden sich 3 Wohneinheiten. Die 4-Zimmer-Wohnungen nebst Küche, Bad und Balkon im Erdgeschoss und Obergeschoss verfügen jeweils über eine Wohnfläche von ca. 92 qm. Die Wohnung im Dachgeschoss verfügt über 3 Zimmer, Flur, Küche und Bad mit einer Wohnfläche von ca. 73 qm.

Der Versteigerungsvermerk ist in das genannte Grundbuch am 09.12.2024 eingetragen worden.

Der Verkehrswert wurde gemäß § 74a Abs. 5 ZVG auf

404.000,00 €

festgesetzt.

Ist ein Recht in dem Grundbuch nicht vermerkt oder wird ein Recht später als der Versteigerungsvermerk eingetragen, so muss der Berechtigte dieses Recht spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anmelden. Er muss das Recht glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Das Recht wird sonst bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt. Soweit die Anmeldung oder die erforderliche Glaubhaftmachung eines Rechts unterbleibt oder erst nach dem Verteilungstermin erfolgt, bleibt der Anspruch aus diesem Recht gänzlich unberücksichtigt.

Es ist zweckmäßig, schon zwei Wochen vor dem Termin eine genaue Berechnung des Anspruchs, getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten der Kündigung und der die Befriedigung aus dem Versteigerungsgegenstand bezweckenden Rechtsverfolgung, einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann die Erklärung auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle abgeben.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Versteigerungsgegenstandes oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens zu bewirken, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Geschieht dies nicht, tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.